

Vorlage Nr. 101.17.501

Neufassung der Satzung der Abfallwirtschaft im Gebiet der Stadt Kassel (Abfallwirtschafts- und -gebührensatzung)

Berichtersteller/-in: Bürgermeister Jürgen Kaiser

Mitberichtersteller/-in: Stadtkämmerer Dr. Barthel
Oberbürgermeister Hilgen

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die in der Anlage 1 zu dieser Vorlage beigefügte Neufassung der Satzung der Abfallwirtschaft im Gebiet der Stadt Kassel (Abfallwirtschafts- und -gebührensatzung)

Begründung:

Die EU-Abfallrahmenrichtlinie vom 19. November 2008 wurde durch öffentliche Bekanntmachung des Kreislaufwirtschaftsgesetzes am 29.02.2012 im Bundesgesetzblatt in deutsches Recht umgesetzt. Das Gesetz tritt am 01.06.2012 in Kraft.

Die sich hieraus ergebenden Veränderungen für die kommunale Abfallentsorgung sind durch die Städte und Landkreise in Satzungsrecht umzusetzen.

Mit dem Abfallkonzept 2013 wurde für die Stadt Kassel u. a. unter Beteiligung der Öffentlichkeit und durch Begleitung eines Fachinstituts vom November 2011 bis März 2012 eine neue Abfallwirtschafts- und -gebührensatzung im Gebiet der Stadt Kassel erarbeitet.

Das Kreislaufwirtschaftsgesetz definiert die Abfallhierarchie in der Reihenfolge Vermeidung, Vorbereitung zur Wiederverwendung, Recycling, sonstige Verwertung (insbesondere energetische Verwertung und Verfüllung), Beseitigung von Abfällen. Zur Förderung des Recyclings und sonstigen stofflichen Verwertung sind Bioabfall, Papier-, Metall-, Kunststoff- und Glasabfälle spätestens ab 01.01.2015 getrennt zu sammeln. Durch eine Verordnungsermächtigung ist bis zum 01.01.2015 eine einheitliche Wertstoffeffassung (Wertstofftonne) einzuführen. Ein Wertstoffgesetz wurde noch nicht erarbeitet und eine konkrete Zeitplanung ist nicht bekannt.

Die Entsorgung der Restabfälle bleibt in jedem Falle im kommunalen Zuständigkeitsbereich. Die Verwertung von Abfällen wird für die private Entsorgungswirtschaft geöffnet. Die Gewerbeabfallsammlung ist jedoch nur zulässig, wenn sie qualitativ deutlich hochwertiger als bestehende kommunale Sammelsysteme bzw. durch die Kommunen konkret geplante und zur Einführung vorgesehene Erfassungs- und Verwertungskonzepte ist.

Das Institut für Abfall, Abwasser und Infrastruktur-Management GmbH (INFA) hat die Stadt Kassel bei der Umsetzung der neuen rechtlichen Vorgaben unterstützt, Empfehlungen ausgesprochen und bei der Neuentwicklung der Satzung mitgewirkt.

Neben verschiedenen redaktionellen Anpassungen werden Eckdaten abfallwirtschaftlicher Angebote, wie z. B. die Einführung einer Wertstofftonne ab 01.01.2015, definiert.

Darüber hinaus soll die Gebührenstruktur erheblich verändert werden; die Abfallgebühr teilt sich in eine Grund- und Leistungsgebühr auf. Diese neue Gebührenstruktur aus haushaltsbezogener Grund- und Leistungsgebühr bedeutet eine höhere Gebührengerechtigkeit, da die Vorhaltekosten über die Grundgebühr durch alle angeschlossenen Bürger und Gewerbebetriebe getragen werden.

Die Grundgebühr wurde in der neuen Abfallsatzung der Stadt Kassel auf 30 Prozent festgesetzt (nach vorliegender Rechtsprechung ein akzeptierter Wert). Für die Leistungsgebühr wurde eine behältervolumenbezogene lineare Staffelung eingeführt. Eine lineare Leistungsgebühr ist nach heutiger Rechtsprechung ebenfalls anerkannt.

In die Gebührenbedarfsrechnung wurden die aufgrund der neuen rechtlichen Vorgaben prognostizierten Abfallmengenveränderungen mit den zu erwartenden Änderungen der Behälteranzahl und Leerungsrhythmen eingerechnet. Der Kalkulationszeitraum umfasst die Jahre 2013 bis 2015.

Vorhandene Rücklagen in Höhe von 5 Mio. € wurden bei der Gebührenbedarfskalkulation berücksichtigt, sodass grundsätzlich von einer Senkung des Gebührenbedarfs ausgegangen werden kann. In Einzelfällen, die sich aufgrund der neuen Gebührenstruktur ergeben, können aber Gebührensteigerungen auftreten.

Als Anlage 1 ist der Entwurf der neuen Satzung der Abfallwirtschaft im Gebiet der Stadt Kassel (Abfallwirtschafts- und -gebührensatzung) beigefügt. Eine Synopse der bestehenden mit dem Entwurf der neuen Abfallwirtschafts- und -gebührensatzung ist als Anlage 2 beigefügt. Anlage 3 schildert die wesentlichen Veränderungen gegenüber der heutigen Situation. Dabei ist zu berücksichtigen, dass grundsätzlich Rest- und Bioabfallbehälter verpflichtend sind. In Anlage 4 wird die Gebührenbedarfsberechnung insgesamt dargestellt

Nach Beschlussfassung über die neue Abfallwirtschafts- und -gebührensatzung durch die städtischen Gremien werden alle Grundstückseigentümer angeschrieben, um unter Bezugnahme auf die neue Satzung alle Daten abzufragen, die zum vollständigen Nachweis der Gebührenbedarfsberechnung erforderlich sind. Eine mögliche, geringfügige Änderung der aktuellen Gebührensätze ist nach Auswertung der Daten nicht auszuschließen.

Der Neufassung der Satzung wurde durch die Betriebskommission der Stadtreiniger Kassel in der Sitzung am 17.04.2012 zugestimmt.

Der Magistrat hat die Vorlage in seiner Sitzung vom 21.05.2012 beschlossen.

Bertram Hilgen
Oberbürgermeister